



**Pressebericht**  
**des scheidenden Vorsitzenden**  
**der Deutschen Bischofskonferenz,**  
**Erzbischof Dr. Robert Zollitsch,**  
**anlässlich der Pressekonferenz zum Abschluss**  
**der Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz**  
**in Münster am 13. März 2014**

- 1. Einleitung**
- 2. Botschaft des Apostolischen Nuntius**
- 3. Abschiedspredigt bei der Eröffnungsmesse**
- 4. Herausforderungen für die Bischofskonferenz**
- 5. Transparenz in finanziellen Angelegenheiten**
- 6. Wahl des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz**
- 7. Studienhalbtage „Zur Lage der Religionsfreiheit“**
- 8. Interdisziplinäres Forschungsverbundprojekt „Sexueller Missbrauch an Minderjährigen“**
- 9. Wege zur Begleitung Wiederverheirateter Geschiedener**
- 10. Jahresgespräch 2014 in Magdeburg innerhalb des Gesprächsprozesses**
- 11. Gesellschaftliche Fragen**
  - 25 Jahre nach dem Fall der Mauer
  - Ökumenische Sozialinitiative
- 12. Publizistische Fragen**
  - Projekte und Perspektiven katholischer Mitgliederzeitschriften und Verteilzeitungen
- 13. Weltkirche**
  - Zur Debatte um Homosexualität in einigen afrikanischen Ländern
  - Zur Lage der Christen im Nahen Osten
  - Zur Situation in der Ukraine und auf der Krim
- 14. Personalien**

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn

*Postanschrift*  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Ruf: 0228-103 -0  
Direkt: 0228-103 -214  
Fax: 0228-103 -254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)  
Home: [www.dbk.de](http://www.dbk.de)

*Herausgeber*  
P. Dr. Hans Langendörfer SJ  
Sekretär der Deutschen  
Bischofskonferenz

## **1. Einleitung**

62 wahlberechtigte Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz haben sich zu ihrer Frühjahrs-Vollversammlung in Münster getroffen. Zuletzt waren wir hier 1995 zu Gast. Es war ein gutes Zeichen, dass wir in weltkirchlicher Solidarität Gäste aus Uganda und Nigeria unter uns begrüßen durften. Diese Vollversammlung stand unter der besonderen Herausforderung der Neuwahl eines Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen kurzen Blick nach Rom werfen: Heute vor einem Jahr wurde Kardinal Jorge Mario Bergoglio von den im Konklave versammelten Kardinälen zum Papst gewählt. Er nahm den Namen Franziskus an. Seitdem erleben wir ein Pontifikat von großer Geschwindigkeit, vielfältigen geistlichen Impulsen und einer großen Nähe zu den Menschen. Wir haben während unserer Vollversammlung oft an Papst Franziskus gedacht. Heute, am ersten Jahrestag seiner Wahl, sind wir den Kardinälen dankbar für diese wegweisende und in die Zukunft gerichtete Wahl, die viele Gläubige ermutigt, gerade auch jene, die in unserer Kirche eher am Rand stehen oder ihr gegenüber skeptisch eingestellt sind. Papst Franziskus ist ein Geschenk für unsere Kirche, wie schon sein Vorgänger Papst Benedikt XVI. Wir deutschen Bischöfe danken Papst Franziskus für das große Vertrauen, das er uns gegenüber immer wieder zum Ausdruck bringt, wenn jemand von uns mit ihm in den vergangenen zwölf Monaten zusammentreffen konnte.

## **2. Botschaft des Apostolischen Nuntius**

Erstmals hat an unserer Vollversammlung der Apostolische Nuntius, Erzbischof Dr. Nikola Eterovic, teilgenommen. Wir sind ihm dankbar für die Grußbotschaft, die er vorgetragen hat, und in der er uns ermutigt, an der Einheit der Christen in unserem Land zu arbeiten. Es war ein schönes Zeichen, dass er auf die Situation der Kirche in den vergangenen sechs Jahren eingegangen ist „in einer nicht einfachen Periode ihrer Geschichte und bei den Herausforderungen von Seiten der Gesellschaft“. Es war ein positives Signal, dass der Apostolische Nuntius „den großzügigen finanziellen Beitrag der deutschen Katholiken für die Universalkirche und die Teilkirchen der Welt“ unterstrichen hat. Wir fühlen uns vom Apostolischen Nuntius ermutigt, wenn er sagt: „Die Weggemeinschaft setzt voraus, aufeinander zu hören, setzt den Dialog, die Geduld, den wechselseitigen Respekt und vor allem die Liebe zwischen allen voraus, besonders gegenüber denen, die gerne schnell gehen möchten, oder denen, die gar langsam vorankommen wollen: beide Richtungen schaden womöglich der Einheit der Kirche.“

### **3. Abschiedspredigt bei der Eröffnungsmesse**

In meiner letzten Predigt als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz wollte ich noch einmal dazu anspornen, eine stärkere Sensibilität für die Zeichen der Zeit zu entwickeln. Das Spektrum der Sinnsuchenden ist breit gefächert. Damit die Verkündigung nicht die Berührung mit dem Menschen verliert, sind wir herausgefordert, mit den Suchenden auf der Suche zu sein. Neben dieser Glaubenssuche ging es mir um ein zweites Anliegen: die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Es ist in unserer Gesellschaft tief verankert, dass wir dazu neigen, zuerst nach dem Staat zu rufen, der helfen soll - beispielsweise um Geld zu geben, um die Armut zu beseitigen. Es ist richtig, dass von staatlicher Seite alles getan werden muss, damit Armut im Keim erstickt wird und die Menschen bei uns ein menschenwürdiges Leben führen können. Wir sind aber immer auch nach dem gefragt, was wir selbst tun, um die Not der Menschen zu lindern. Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass es neben der materiellen Not vor allem auch große seelische Not gibt: Kinder, die unter der Trennung ihrer Eltern leiden; Erwachsene, die am Arbeitsplatz unter Druck gesetzt oder gemobbt werden; ältere und kranke Menschen, die ohne soziale Kontakte leben oder meinen, Anderen zur Last zu fallen und deshalb ihrem Leben ein Ende setzen zu müssen. Darauf habe ich in meiner Predigt verwiesen und damit auch letztlich etwas vom Programm unserer Kirche in Deutschland für die Zukunft gezeichnet.

### **4. Herausforderungen für die Bischofskonferenz**

Im Herbst vergangenen Jahres habe ich in meinem Grundsatzreferat vor der Vollversammlung angeregt, einen Tag vor der Wahl eines neuen Vorsitzenden eine Orientierungsdebatte über die Lage der Kirche in Deutschland und die Herausforderungen für die Deutsche Bischofskonferenz zu diskutieren. Ich kann hier nicht die intensive und vielschichtige Debatte wiedergeben, wohl aber möchte ich einige Aspekte nennen, die mir wichtig waren:

Es ist vor allem Papst Franziskus, der uns Anregungen in seinem Apostolischen Schreiben „*Evangelii gaudium*“ mit auf den Weg gibt, wenn er uns als entscheidende Herausforderung nicht nur seinen „missionarischen Traum“ (EG 31) ans Herz legt, sondern auch von den Erwartungen an sein Amt und von der Notwendigkeit der „Neuausrichtung des Papsttums“ (EG 32) spricht. Die Erwartungen an unsere Konferenz steigen, die Herausforderungen ebenso und damit auch die Aufgaben und die Verantwortung. Es geht, so sagt es Papst Franziskus, letztlich um „die Kommunikation zwischen den Herzen“ (EG 142) und „es ist notwendig, dorthin zu gelangen, wo die neuen Geschichten und Paradigmen entstehen“ (EG 74). Zu unserem Amt als Bischöfe und Nachfolger der Apostel gehört wesentlich unsere Einbindung in das Bischofskollegium. Dies wird in unserer Konferenz und in unserem Miteinander konkret – in unserer Verantwortung für die katholische Kirche in Deutschland und in unserer Mitverantwortung für unsere Kirche weltweit.

Wir sind in den vergangenen Jahren durchaus eine steinige Wegstrecke miteinander gegangen, getragen vom Bewusstsein gemeinsamer Sendung und gemeinsamer Verantwortung. Dabei war es besonders wertvoll, dass wir auf die großen und schmerzlichen Fragen zum Missbrauchsskandal sehr rasch eine gemeinsame Antwort gefunden haben. Wir haben damit auch einen Beitrag generell für den Umgang mit diesen Fragen und für deren Aufarbeitung in unserer Gesellschaft geleistet. Ich empfinde es als eine unserer Stärken, dass wir so überzeugend den Beweis dafür antreten, dass Glaube und Kirche in der Gesellschaft produktiv tätig sein können.

Gleichzeitig spiegelt sich in unserer Konferenz eine Unsicherheit wieder: die Unsicherheit der Situation des Übergangs, die in der Kirche allgemein festzustellen ist. Dies zeigt sich in einer großen Bandbreite und Einstellungsvielfalt, die die katholische Kirche der Gegenwart kennzeichnet. Daraus folgt auch eine gewisse Pluralität der Beurteilungen, die gelegentlich wohl auch zu Vorbehalten gegenüber manchen Themen führen kann. Die „Kommunikation zwischen den Herzen“ fällt auch uns nicht immer leicht. Doch es bleibt die Herausforderung, „sich im Dialog einander zu schenken“ (*EG 142*) und nicht von vorneherein Themen auszuschließen und das Gespräch zu verweigern.

Papst Franziskus spricht sich gegen eine „übertriebene Zentralisierung“ der Kirche aus (*EG 32*). Er will die Bischofskonferenzen stärken und sie bewusst „als Subjekte mit konkreten Kompetenzen“ ausstatten, „einschließlich einer gewissen Lehrautorität“ (*EG 32*). Wir haben begonnen, die Verantwortung, die jeder Bischof und jede Bischofskonferenz für die Lehre der Kirche tragen, im Sinne von Papst Franziskus besser wahrzunehmen. Damit betreten wir durchaus auch Neuland. In diesem Zusammenhang denke ich auch an etwas sehr Konkretes: an die Fragen um die Liturgie, die uns in den zurückliegenden Jahren so intensiv beschäftigt haben und uns weiterhin beschäftigen werden. Die Liturgie, vor allem die Feier der Eucharistie, betrifft den innersten Bereich unseres Glaubens. Wir begegnen Gott auf ganz besondere Weise. Das verlangt ein Äußerstes an pastoraler und kirchlicher Klarheit und Empathie im Mühen um eine gute und ansprechende Übersetzung des *Missale Romanum*.

In meinen Überlegungen und auch in der Debatte ist deutlich geworden: Ich will in keiner Weise die katholisch selbstverständliche Autonomie des Bischofs in Frage stellen. Ich plädiere ganz und gar nicht für eine Zentralisierung kirchlicher Entscheidungen und Aufgaben und werbe noch weniger für einen „Moloch“ Bischofskonferenz. Ich erinnere nur an unsere Solidarität als Bischofskollegium und eine entsprechende realitätsgerechte Ausgestaltung der Zusammenarbeit, die uns abverlangt ist und ohne die wir auch unsere jeweils eigenen Angelegenheiten in den Bistümern nicht entsprechend bewältigen können. Papst Franziskus spricht nachdrücklich von der „Brüderlichkeit“ und führt aus: „Dort liegt die wahre Heilung ... die wirklich gesundmachende Weise, mit anderen in Beziehung zu treten, eine mystische, kontemplative Brüderlichkeit ..., die heilige Größe des Nächsten zu sehen ..., die in jedem Menschen Gott zu entdecken weiß (*EG 92*)“.

In der Orientierungsdebatte habe ich auch kurz über die Lage im Bistum Limburg informiert, die uns alle sehr bedrängt. Mehrfach haben wir uns im Ständigen Rat und zuletzt auf der Herbst-Vollversammlung in Fulda um Dialog bemüht und uns offen und ehrlich ausgetauscht. Das bedeutet allerdings nicht, dass zwischen uns nicht auch Differenzen in der Analyse und Bewertung der Vorgänge bestehen. Das war auch nicht anders zu erwarten. Den Folgen müssen wir uns allerdings gemeinsam stellen: manchen Äußerungen nochmals gewachsenen Misstrauens gegenüber uns Bischöfen, vor allem unserem Leitungs- und Lebensstil. Die Autorität des Amtes tritt in unserer pluralen Gesellschaft immer mehr in den Hintergrund, während die einzelne Persönlichkeit an Bedeutung gewinnt und somit Menschen für die Botschaft des Evangeliums öffnen kann oder eben nicht.

Nach dem Besuch von Kardinal Giovanni Lajolo im September vergangenen Jahres habe ich die vom Bischof von Limburg, Bischof Dr. Franz-Peter Tebartz van Elst, erbetene Prüfungskommission eingesetzt, die im Oktober ihre Arbeit aufgenommen hat. Der Bericht wurde mir Ende Februar übergeben. Ich habe ihn – zusammen mit dem Vorsitzenden der Prüfungskommission, Weihbischof Manfred Grothe (Paderborn) – dem Bischof von Limburg am 1. März 2014 erläutert, bevor ich ihn am 3. März 2014 dem Präfekten der Kongregation für die Bischöfe übergeben habe. Der Bischof von Limburg war am Tag darauf zum Gespräch in Rom. Jetzt müssen wir die Entscheidung des Heiligen Vaters abwarten.

In unserer Aussprache sind viele Aspekte beleuchtet worden, auch die Frage der intellektuellen, der geistlichen und kulturellen Präsenz der Kirche in Berlin. Berlin ist für das pastorale Handeln der Kirche in Deutschland ein wichtiger Ort. Deshalb unterstützen wir den Erzbischof von Berlin auch in seinem Bemühen, die Hedwigskathedrale als Ort der Identifikation der katholischen Kirche in der deutschen Hauptstadt in einen baulich würdigen und architektonisch verantwortbaren Zustand zu bringen.

## **5.    Transparenz in finanziellen Angelegenheiten**

Wir verstehen das wachsende Bedürfnis der Menschen zu wissen, über welches Vermögen die deutschen Bistümer verfügen und für welche Zwecke diese Mittel verwendet werden. Aus diesem Grund haben wir Bischöfe eine Arbeitsgruppe beauftragt, sich mit dem Themenfeld systematisch auseinanderzusetzen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Wir haben einen ersten Zwischenbericht der Arbeitsgruppe in den vergangenen Tagen intensiv diskutiert. Dabei ist auch die enorme Komplexität deutlich geworden, die diesem Vorhaben zugrunde liegt, denn die Organisation und Verfasstheit eines Bistums ist nicht mit dem eines Wirtschaftsunternehmens vergleichbar. Zumal auch zwischen den Bistümern, häufig historisch gewachsen, erhebliche Unterschiede im Finanzwesen bestehen. Wir haben unsere Absicht bekräftigt, gemeinsam Anstrengungen zu unternehmen, um das Maß an Transparenz über die Finanzen der Kirche und deren Kontrolle deutlich zu erhöhen. Im nächsten Schritt

werden der Verwaltungsrat und der Verbandsausschuss des Verbandes der Diözesen Deutschlands die Beratungen fortsetzen.

## **6. Wahl des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz**

Die Wahl meines Nachfolgers muss ich in diesem Pressebericht nicht eigens erläutern. Ich bin dankbar, dass nach der erfolgten Wahl der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Reinhard Marx, seine Bereitschaft für die Übernahme dieses Amtes erklärt hat. Für sechs Jahre wird er nun Vorsitzender sein. Ebenso freue ich mich, dass der langjährige Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Pater Dr. Hans Langendörfer SJ, im Amt bestätigt worden ist.

## **7. Studienhalbtage „Zur Lage der Religionsfreiheit“**

Breiten Raum hat bei unserer Vollversammlung ein Studienhalbtage zur Religionsfreiheit eingenommen. Dies ist eines der großen Themen unserer Zeit. Wie der „Ökumenische Bericht zur Religionsfreiheit von Christen weltweit“, den die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland im Juli 2013 veröffentlicht haben, nachgewiesen hat, nehmen Missachtung und Verletzung der religiösen Freiheit in verschiedenen Teilen der Welt – teilweise dramatisch – zu. Christen sind in starkem Maße von dieser Entwicklung betroffen. So war es naheliegend, dass sich unsere Bischofskonferenz bei einem Studienhalbtage eingehend und gemeinsam mit anerkannten Experten dem Thema der Religionsfreiheit zugewandt hat. Dazu waren renommierte Fachleute eingeladen: Professor Dr. Gerhard Robbers (Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Kirchenrecht, Staatsphilosophie und Verfassungsgeschichte an der Universität Trier), Professor Dr. Christian Hillgruber (Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bonn) sowie der Erzbischof von Abuja in Nigeria, Kardinal John Onaiyekan.

Der Vorsitzende der Kommission Weltkirche, Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg), hat die Bischöfe an die spannungsreiche Geschichte der katholischen Kirche mit der Religionsfreiheit erinnert. Das Zweite Vatikanische Konzil musste manchen Ballast abwerfen und manchen historischen Konflikt hinter sich lassen, um in der Erklärung „*Dignitatis humanae*“ zu einem Verständnis der Religionsfreiheit zu gelangen, das auch die Herausforderungen der Moderne annimmt. Grundlegend für die Theologie des Dokumentes ist der Satz: „Das Vatikanische Konzil erklärt, dass die menschliche Person das Recht auf religiöse Freiheit hat (DH 2).“

Professor Gerhard Robbers hat die Vollversammlung über aktuelle Entwicklungen und Debatten zu den Fragen der Religionsfreiheit informiert. In der heutigen Zeit sieht er eine dreifache Bedrohung dieses Menschenrechts. Zum ersten sind es – vor allem in der muslimischen Welt – religiöse Herrschaftsansprüche, die sich gegen Minderheiten richten und ihnen die Luft zum Atmen nehmen. Zum zweiten gibt es weiterhin eine Vielzahl von Staaten,

die die Religionsfreiheit oft empfindlich einschränken; manches Mal sind es auch gesellschaftliche oder ethnische Gruppen, die bestimmte Religionen angreifen. Einen besonderen Akzent legte Professor Robbers auf eine dritte Quelle der Bedrohung von Religionsfreiheit: die Bedrohung „aus falsch verstandenem Menschenrechtsdenken“. Damit ist gemeint, dass Lobbygruppen sich jeweils für ein bestimmtes Menschenrecht einsetzen – und die Religionsfreiheit nicht mehr zählt, wenn sie der eigenen Agenda in die Quere zu kommen scheint. Man ist dann nicht mehr bereit, unterschiedliche Güter und Interessen abzuwägen. Eine schleichende Aushöhlung der Religionsfreiheit liegt auch darin, dass diese nur als individuelles Recht gesehen und die gemeinschaftliche Dimension von Religion nicht mehr erkannt oder die Rechte religiöser Gemeinschaften im Raum der Öffentlichkeit bestritten werden.

Kardinal Onaiyekan gab der Vollversammlung einen Bericht über die Situation in Nigeria, wo eine etwa gleich große Zahl von Christen und Muslimen in einer oft spannungsvollen Beziehung leben. Wenngleich die Verfassung des Landes die Religionsfreiheit anerkennt und gewährleistet, ist der religiöse Frieden doch latent bedroht. So tragen die seit Jahren anhaltenden Mordtaten der islamistischen Sekte „Boko Haram“, der noch in den vergangenen Wochen mehrere Hundert Menschen zum Opfer gefallen sind, zur Destabilisierung der Gesellschaft bei. Zwar distanzieren sich religiöse Autoritäten des Islam eindeutig von dieser Bewegung. Da sich die Gewalt von „Boko Haram“ jedoch gegen Christen richtet, breitet sich unter diesen Misstrauen gegen den Islam und die Muslime aus. Kardinal Onaiyekan zeigte sich dennoch zuversichtlich, dass der „relative Frieden“ zwischen den Religionen, den Nigeria in den vergangenen Jahrzehnten erlebt hat, aufrechterhalten werden kann. Für die Zukunft ist es dabei von zentraler Bedeutung, dass die christlichen und muslimischen Gemeinschaften stärker zusammen (und nicht wie bislang nur nebeneinander) leben. Darüber hinaus müssen der Dialog und der wechselseitige Respekt der Religionen gestärkt werden. Nigeria bedürfe – so Kardinal Onaiyekan – eines Weges, auf dem das Land immer mehr zu „einer Nation unter einem Gesetz“ wird und gegenläufige Tendenzen wie die Einführung der Scharia in einigen Bundesstaaten zurückgedrängt werden.

Professor Christian Hillgruber machte beim Studienhalbtage aufmerksam auf die Gefährdungen der Religionsfreiheit in den säkularen Gesellschaften des Westens. In seinem Vortrag zeigte er eine Reihe aktueller Konfliktfelder auf. Erstens müsse in der Rechtsprechung „eine Tendenz zur Überbetonung negativer Religionsfreiheit“ konstatiert werden. Das Verbot religiöser Symbole im öffentlichen Raum sei ein Beispiel für diese problematische Tendenz. Zweitens löse sich die traditionelle Übereinstimmung zwischen staatlichem Recht und christlichem Rechtsverständnis zunehmend auf, was für die Christen zu Konflikten zwischen ihrer Rolle als Staatsbürger und als Gläubige führen könne. Besonders eine radikale Anti-Diskriminierungsgesetzgebung gefährde das Recht von Christen (und Menschen anderer religiöser Bekenntnisse), sich von allgemeinen gesellschaftlichen Wert- und Unwerturteilen zu distanzieren. Die Christen müssten sich – drittens – auch darauf einstellen, dass ihnen zunehmend Unverständnis, aber auch Ablehnung entgegenschlägt. Hier

stelle sich die Frage, wie dem Schutzbedürfnis von religiös Gläubigen besser Rechnung getragen werden könne. Die christlichen Kirchen, so Professor Hillgruber, dürften diesen Herausforderungen nicht mit einer „Selbstsäkularisierung“ begegnen. Vielmehr sei ihnen aufgetragen, weiterhin als Korrektiv bestehende gesellschaftliche Verhältnisse zu hinterfragen und nicht in ihnen aufzugehen.

In der Diskussion der Vollversammlung wurde deutlich, dass die Deutsche Bischofskonferenz und die ganze Kirche in Deutschland sich auch weiterhin dem Dienst an der Religionsfreiheit verpflichtet sehen. Nur so kann die Kirche dem Evangelium gerecht werden, nur so handelt sie im Interesse der Christen und zugleich aller Menschen, der Gläubigen und der Nicht-Gläubigen. Auch ihr Engagement für die in aller Welt verfolgten Christen verstehen die Bischöfe als Einsatz für die religiöse Freiheit aller. Unsere Solidarität mit bedrängten Christen ist nicht exklusiv, sondern exemplarisch.

Alle Referate des Studienhalbtags „Zur Lage der Religionsfreiheit“ finden Sie als Download unter [www.dbk.de](http://www.dbk.de)

## **8. Interdisziplinäres Forschungsverbundprojekt „Sexueller Missbrauch an Minderjährigen“**

Bereits im Jahr 2010 haben die deutschen Bischöfe einen umfangreichen Maßnahmenkatalog entwickelt, um dem Skandal um die Fälle sexuellen Missbrauchs an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz zu begegnen. Viel ist seitdem geschehen. In Kürze werden wir eine neue Arbeitshilfe mit den einschlägigen Dokumenten unserer Bischofskonferenz veröffentlichen.

Zu den Maßnahmen gehört auch ein Forschungsprojekt zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Vorfälle sexuellen Missbrauchs an Minderjährigen. Wie bekannt ist, wurde im Januar 2013 die Projektzusammenarbeit mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. gekündigt. Gleichzeitig haben die Bischöfe beschlossen, das Projekt mit einem neuen Partner fortzuführen. Ein vom Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz für Fragen sexuellen Missbrauchs, Bischof Dr. Stephan Ackermann (Trier), vorgeschlagener Beraterkreis hat die Neukonzeption des Projektes und seine Ausschreibung begleitet. Bis zum 31. Oktober 2013 war es möglich, dass sich interdisziplinäre Forschungskonsortien um das Forschungsprojekt bewarben. Nachdem im Ständigen Rat im Januar 2014 eine der Projektskizzen ausgewählt wurde, konnten wir auf dieser Vollversammlung den Forschungsplan und die Zusammenarbeit mit den vom Beraterkreis empfohlenen Projektpartnern beschließen.

Das Thema liegt uns sehr am Herzen und ist von großer Bedeutung. Deshalb wird Bischof Ackermann in den kommenden Wochen und in jedem Fall vor Ostern bei einer eigenen Pressekonferenz das Projekt und die Projektpartner vorstellen.

## **9. Wege zur Begleitung Wiederverheirateter Geschiedener**

Seit längerem befassen sich die deutschen Bischöfe mit der Frage des pastoralen Umgangs von Gläubigen, die zivil geschieden und wiederverheiratet sind. Im Vorfeld der dritten außerordentlichen Generalversammlung der Bischofssynode, die vom 5. bis 19. Oktober 2014 in Rom unter dem Thema „Die pastoralen Herausforderungen der Familie im Rahmen der Evangelisierung“ stattfindet, haben wir den vom Vatikan im Spätherbst 2013 versandten Fragebogen ausgewertet und nach Rom geschickt. Bei der Vorbereitung der Bischofssynode hat sich der Ständige Rat im Januar dieses Jahres dafür ausgesprochen, eine Argumentationsskizze zu der Frage des pastoralen Umgangs mit zivil geschieden und wiederverheirateten Gläubigen auszuarbeiten. Diese versteht sich auch als Beitrag der Deutschen Bischofskonferenz zur Vorbereitung der Bischofssynode in Rom.

Der von uns während der Vollversammlung diskutierte Entwurf, den eine bischöfliche Arbeitsgruppe erstellt hat, umfasst vier Teile. In der Einleitung werden der Adressat und der Argumentationsduktus benannt. Sodann wird eine kurze Situationsbeschreibung gegeben, die die Aporien des gegenwärtigen pastoralen Umgangs mit wiederverheirateten Geschiedenen darlegt. Im nächsten Teil folgen auf der Grundlage des biblischen Zeugnisses theologische Überlegungen zur Ehe als Bund und als Sakrament sowie einige Anmerkungen zum kanonischen Eherecht. Im letzten Kapitel werden dann Vorschläge für einen pastoralen Weg der Versöhnung gemacht.

Schon in unserer Pressebegegnung zum Auftakt der Vollversammlung habe ich betont, dass es bei diesen Beratungen noch keine abschließenden Ergebnisse geben wird. Diese könnten beim nächsten Ständigen Rat Ende April 2014 erzielt werden. Ich bin dankbar, dass das Referat von Kurienkardinal Walter Kasper, das er am 21. Februar 2014 vor den in Rom zum Konsistorium versammelten Kardinälen gehalten hat, bei unseren Diskussionen bereits in deutscher Übersetzung vorlag und die Beratungen mit bestimmt hat.

## **10. Jahresgespräch 2014 in Magdeburg innerhalb des Gesprächsprozesses**

Im Rahmen des Gesprächsprozesses führt die Deutsche Bischofskonferenz jährlich ein Jahresgespräch mit rund 300 Teilnehmern durch. Kardinal Reinhard Marx hat mit großem Nachdruck betont, dass der Dialogprozess auch unter seiner Leitung fortgesetzt und zu einem Erfolg geführt werden soll.

Nachdem wir in den vergangenen Jahren in Mannheim, Hannover und Stuttgart waren, werden wir vom 12. bis 13. September 2014 nach Magdeburg einladen. Im Mittelpunkt steht dabei ein Wesenselement christlicher Lebensführung: die Martyria, das Zeugnisgeben. Wir sind derzeit dabei, die genauen Inhalte zu entwickeln. Um den zuletzt in Stuttgart von vielen Teilnehmern gewünschten partizipativen Elementen stärker Rechnung zu tragen, sind dazu mehrere, im Gesprächsprozess erfahrene Personen, in die Planungen mit einbezogen.

## **11. Gesellschaftliche Fragen**

### 25 Jahre nach dem Fall der Mauer

Die deutschen Bischöfe werden in diesem Jahr – wie viele andere gesellschaftliche Gruppen auch – des 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer gedenken. Die Erinnerung an den Fall der Mauer, den Untergang des Kommunismus sowie den Einsatz für Freiheit und Menschenrechte kann zu einer Ermutigung und Hilfe bei der Bewältigung heutiger Herausforderungen werden. Derzeit erarbeiten wir das Konzept einer Veranstaltung, das demnächst auf der Homepage der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlicht wird. Uns ist es ein Anliegen, den Europäischen Gedanken ebenso zu berücksichtigen wie den besonderen Freiheitsbeitrag der Katholiken in der ehemaligen DDR.

### Ökumenische Sozialinitiative

Die Bischöfe haben über die erste Resonanz auf die Veröffentlichung des Textes „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ zum Beginn einer Ökumenischen Sozialinitiative diskutiert. Dieser Text regt vor allem dazu an, Politik nachhaltig zu gestalten. Das gilt für ökologische Fragen und deren globale Dimension, aber auch für eine chancenorientierte Sozial- und eine generationengerechte Finanzpolitik in unserem Land sowie für die Verhaltensweisen im Wirtschafts- und Finanzbereich. Gerade die Finanz- und Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass kurzfristiges Denken in die Krise führt. Deshalb werben die Kirchen für langfristige Strategien und dafür, immer das Ganze im Blick zu behalten. Es bedarf einer Implementierung von Chancengerechtigkeit in allen Politikbereichen, angefangen von der Bildungspolitik, über die Arbeitsmarkt-, Finanz- bis hin zur Europapolitik. Eine solche Politik ist erfolgreicher und nachhaltiger als kurzfristiges Gegensteuern bei Fehlentwicklungen. Nachhaltiges Handeln ist verantwortliches Handeln. Eine Stärkung der Verantwortung ist das Leitmotiv der Sozialinitiative. Wir sind froh über die breite Rezeption der Ökumenischen Sozialinitiative in vielen Medien und in der Öffentlichkeit. Die Kirchen möchten in einen breiten Austausch mit Politik, Gewerkschaften und Arbeitgebern, mit gesellschaftlichen Gruppen und kirchlichen Verbänden sowie mit interessierten Personen über eine gerechte

Wirtschafts- und Sozialordnung kommen. Deshalb weisen die Bischöfe nochmals auf die Diskussionsmöglichkeit im Internet auf der Seite [www.sozialinitiative-kirchen.de](http://www.sozialinitiative-kirchen.de) hin.

## **12. Publizistische Fragen**

### Projekte und Perspektiven katholischer Mitgliedermagazine und Verteilzeitungen

Die Vollversammlung hat sich über diözesane Initiativen katholischer Mitgliedermagazine informiert, die in den (Erz-)Bistümern Köln, Hildesheim und Essen kostenlos an alle katholischen Haushalte verteilt werden. Katholische Mitgliedermagazine bieten die Möglichkeit, alle Katholiken eines Bistums aktiv und direkt anzusprechen. Dabei muss das Zusammenspiel zwischen einem Mitgliedermagazin und der Bistumspresse jeweils bistumsspezifisch ausgelotet werden, damit sich keine Kannibalisierungseffekte ergeben, sondern sich beide Printprodukte gegenseitig ergänzen können.

Um diese Initiativen ausführlich auszuwerten und mögliche Schnittmengen zu ermitteln, hat die von der Publizistischen Kommission eingerichtete Medienkonferenz, der die jeweiligen Medienverantwortlichen der (Erz-)Bistümer angehören, eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Vollversammlung hat den Bericht des Vorsitzenden der Publizistischen Kommission entgegen genommen und die Kommission gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die Ergebnisse der diözesanen Projekte ausgetauscht und mögliche Schnittmengen ermittelt werden.

## **13. Weltkirche**

### Zur Debatte um Homosexualität in einigen afrikanischen Ländern

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es Unterschiede gibt in der Haltung westeuropäischer und afrikanischer Gesellschaften zur Homosexualität. Diese Unterschiede finden ihren Niederschlag auch innerhalb der katholischen Weltkirche. Äußerungen afrikanischer Bischöfe zur Homosexualität haben auch damit zu tun, dass man vielfach Angst hat, Afrika solle auf westliche kulturelle Normen verpflichtet werden. Hier kann der Dialog zwischen den Kirchen im Norden und im Süden sehr nützlich sein, um zu einem besseren Verständnis zwischen den Kulturen beizutragen.

Aber es darf nicht übersehen werden: Auch in der Kirche in Afrika gibt es unterschiedliche Stimmen und eine lebhafte Diskussion. So hat der aus Ghana stammende Kardinal Peter Turkson, Präsident des Päpstlichen Rates Justitia et Pax, in Bezug auf das neue Gesetz in Uganda deutlich gesagt: „Homosexuelle sind keine Verbrecher“, sie dürften nicht zu Haftstrafen verurteilt werden. Ähnlich haben sich die Bischofskonferenzen von Uganda und

Zimbabwe geäußert, die Gewalt, Vorurteilen und Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung eine eindeutige Absage erteilt haben.

Für die katholische Kirche in Deutschland ist klar, dass wir – ganz auf der Linie dessen, was bereits der „Katechismus der Katholischen Kirche“ sagt und Papst Franziskus bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht hat – eine Herabsetzung und Diskriminierung homosexueller Personen grundsätzlich ablehnen. Wir haben darüber auch am Rande unserer Vollversammlung mit Kardinal John Onaiyekan aus Nigeria gesprochen.

#### Zur Lage der Christen im Nahen Osten

Vom 11. bis 16. Januar 2014 fand das 14. Internationale Bischofstreffen zur Solidarität mit den Christen im Heiligen Land statt. Die Deutsche Bischofskonferenz war durch den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Naher und Mittlerer Osten“ der Kommission Weltkirche, Weihbischof Thomas Maria Renz (Rottenburg-Stuttgart) vertreten. Einen Schwerpunkt der Beratungen bildete der Fortgang des nahöstlichen Friedensprozesses. Dabei galt die Aufmerksamkeit auch der besonders schwierigen Situation im Gaza-Streifen, die laufenden Verhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Staat Israel, die ökumenischen Beziehungen der Kirchen im Heiligen Land und die Bedeutung des katholischen Schulwesens.

Mit großer Sorge betrachten wir nach wie vor die dramatische Situation in Syrien. Der dortige Bürgerkrieg und das grenzenlose Flüchtlingselend fordern uns als Kirche und Gesellschaft heraus. Wir sind unseren Hilfswerken dankbar für den Einsatz für die Menschen vor Ort. Im November konnte sich der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Norbert Trelle (Hildesheim), zusammen mit dem Ratsvorsitzenden der EKD, Nikolaus Schneider, ein Bild vor Ort über die Situation der Flüchtlinge in Jordanien machen. Das kirchliche Engagement wird religionsübergreifend geschätzt und gewürdigt. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass es eines starken politischen Anstoßes der Weltgemeinschaft bedarf, um die humanitäre Situation in Syrien und den Nachbarländern positiv zu verändern.

#### Zur Situation in der Ukraine und auf der Krim

Die Militäraktionen Russlands auf der Krim haben in vielen Teilen der Welt empörte Reaktionen ausgelöst. Die scharfe Kritik ist berechtigt, handelt es sich bei dieser Intervention doch um einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht, das den Respekt vor der territorialen Integrität eines jeden Staates verlangt. Wenn machtpolitische Ambitionen gegen das Recht durchgesetzt werden, ist der Frieden gebrochen. Die Politik der russischen Führung muss deshalb klar zurückgewiesen und verurteilt werden. Dabei steht außer Frage, dass die

Rechte der Minderheiten in der Ukraine auch künftig in keiner Weise in Frage gestellt werden dürfen.

Alle, die in der Ukraine und auf der internationalen Bühne Verantwortung tragen, stehen vor der großen Herausforderung, sich in der aktuellen Situation durch kluges und staatsmännisches Verhalten zu bewähren. Sie sind gefordert, einen kühlen Kopf und politische Vernunft zu bewahren, damit die Lage nicht weiter eskaliert oder gar außer Kontrolle gerät. Gerne schließe ich mich daher dem Appell von Papst Franziskus an, alle Mittel der Diplomatie zu nutzen, um die Situation zu entschärfen und Blutvergießen zu vermeiden. Ich bitte alle Gläubigen, gerade in diesen Stunden das Anliegen eines gerechten Friedens in ihr Gebet aufzunehmen.

#### **14. Personalia**

- Kardinal Reinhard Marx (München und Freising) wird Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.
- Bischof Dr. Friedhelm Hofmann (Würzburg) wird Vorsitzender der Liturgiekommission der Deutschen Bischofskonferenz.
- Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck (Essen) wird Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz.
- Bischof Dr. Heiner Koch (Dresden-Meißen) wird stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Ehe und Familie sowie Mitglied der Kommission Weltkirche und Vorsitzender der Unterkommission für Mittel- und Osteuropa (insbesondere Renovabis) der Deutschen Bischofskonferenz.
- Bischof Dr. Stephan Ackermann (Trier) wird Mitglied der Liturgiekommission der Deutschen Bischofskonferenz.
- Ernannter Weihbischof Herwig Gössl (Bamberg) wird Mitglied der Kommission für caritative Fragen der Deutschen Bischofskonferenz.
- Weihbischof Karl Borsch (Aachen) wird Mitglied der Koordinierungskonferenz zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und der Deutschen Ordensobernkongferenz.
- P. Dr. Hans Langendörfer SJ (Bonn) wird als Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz bestätigt.
- Matthias Kopp (Bonn) wird als Pressesprecher der Deutschen Bischofskonferenz und Leiter der Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit bestätigt.
- Dr. Norbert Himmler (Mainz) wird Berater der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz.
- Msgr. Joachim Göbel (Paderborn) wird Berater der Kommission für Erziehung und Schule der Deutschen Bischofskonferenz.
- Prälat Bernd Klaschka (Essen) wird als Hauptgeschäftsführer der Bischöflichen Aktion Adveniat bestätigt.

- Claudio Moser (Freiburg) wird Berater der Unterkommission für Lateinamerika der Deutschen Bischofskonferenz.
- Prof. Dr. Bernhard Grümme (Bochum) und Prof. Dr. Alfons Knoll (Regensburg) werden zu Mitgliedern der Regionalen Schulbuchkommission Süd berufen.